

Generation unter Generalverdacht

- Kretschmann entschuldigt sich wegen Radikalenerlass
- Einst war er als angehender Lehrer selbst betroffen
- Gewerkschaftsbund nennt Bedauern „mehr als flau“

VON NICO POINTNER, DPA

Stuttgart – Rund 50 Jahre nach dem Beschluss des Radikalenerlasses hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei den zu Unrecht Betroffenen entschuldigt. „Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch. Einzelne mögen dann zu Recht sanktioniert worden sein, manche aber eben auch nicht“, schreibt der Grünen-Politiker in einem Brief an die Betroffenen. „Sie haben zu Unrecht durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlebt. Das bedauere ich als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sehr.“ Bislang habe sich kein Regierungschef eines Landes in der Form geäußert, hieß es aus dem Staatsministerium.



„Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch.“

Winfried Kretschmann,
Grüne, Ministerpräsident

Mit dem Radikalenerlass aus dem Jahr 1972 sollte eine Unterwanderung des Staates verhindert werden. Die Gefahr von links beunruhigte damals. Der Beschluss des ersten sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt und der Ministerpräsidenten der Länder sah unter anderem vor, dass vor jeder Einstellung in den öffentlichen Dienst eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden muss. So sollte der Staatsapparat vor Verfassungsfeinden geschützt werden. Der Bund und die sozialdemokratisch regierten Länder rückten bereits 1979 wieder von dem Beschluss ab. Bayern schaffte ihn als letztes Bundesland im Jahr 1991 ab.

Wie viele Menschen betroffen waren, ist nicht abschließend geklärt. Die Schätzungen reichen nach Angaben der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte von 1,8 bis 3,5 Millionen

Verfassungsschutz-Anfragen. Bundesweit seien etwa 1000 bis 2000 Menschen nicht eingestellt worden. Damit sei vielen die Berufs- und Lebensperspektive genommen worden.

Kretschmann schreibt in dem Brief, der Radikalenerlass habe viel mehr Schaden angerichtet als Nutzen gestiftet: „Ein großer Teil der damals jungen Generation kam ohne besonderen Anlass in den Generalverdacht, nicht verfassungstreu zu sein.“ Aus rund 700 000 Regelanfragen beim Verfassungsschutz im Land gingen nur in 0,3 Prozent der Fälle irgendwelche Erkenntnisse hervor. „Für diejenigen, die auf dem Rechtsweg nachteilige Entscheidungen revidieren konnten, waren es belastende und zermürbende Kämpfe“, bilanziert der Ministerpräsident. „Andere, die diese Kämpfe nicht führen konnten oder wollten, tragen seither die beruflichen und biografischen Folgen des mangelnden Augenmaßes und dazu damit einhergehende Kränkungen.“

Der 74-Jährige wäre damals auf dem Weg in den Lehrerberuf selbst fast über den Erlass gestolpert. Kretschmann bezieht sich in dem Brief auf seine linksradikale Studienzeit, die er als „größte Verirrung“ seines Lebens bezeichnet. „Mich erschreckt noch heute, dass ein Mensch, selbst wenn er das Glück einer guten Ausbildung hatte wie ich, einen solchen ‚Tunnelblick‘ entwickeln und sich derart in eine verblendete Weltsicht einbohren kann.“

Kretschmann bot den Betroffenen dem Staatsministerium zufolge ein Gespräch an. Eine Rehabilitation und Entschädigung sei jedoch nicht vorgesehen, weil eine Einzelfallprüfung kaum umzusetzen sei. Es gab auch kritische Reaktionen auf den Kretschmann-Brief. Der Deutsche Gewerkschaftsbund nannte das Bedauern „mehr als flau“.

Das lesen Sie zusätzlich online



Ministerpräsident Kretschmann blickt zurück auf 2022:
www.sk.de/11411076

Der Radikalenerlass

- **Der Erlass:** Der Radikalenerlass war 1972 von der Bundesregierung unter Willy Brandt (SPD) beschlossen worden, um eine Unterwanderung des öffentlichen Dienstes durch Verfassungsfeinde zu verhindern. Der Beschluss sah vor, dass vor jeder Einstellung in den öffentlichen Dienst eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden musste. Mit dem Erlass reagierten Bund und Länder auf den Zulauf kommunistischer Organisationen im Zuge der Studentenbewegung.
- **Die Praxis:** Um eine angebliche Verfassungsfeindlichkeit nachzuweisen, sammelte der Inlandsgeheimdienst Flugblätter oder erfasste, wer für lin-

ke Gruppen zu Wahlen antrat – auch mithilfe von Informanten. Studienabschluss und Noten spielten bei einer Anhörung keine Rolle. Für Lehramtsbewerber kam das einem Berufsverbot gleich. Ihnen blieb allenfalls die Bewerbung an einer Privatschule.

- **Die Lage im Land:** In Baden-Württemberg wurde die Regelanfrage bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst bis 1990 praktiziert. Ministerpräsident Kretschmann selbst war Betroffener der Überprüfung. Da er als Lehramtsstudent einer maoistischen Hochschulgruppe angehört hatte, musste er zunächst an einer privaten Kosmetikschule arbeiten. (dpa)